Zweites Blatt. — Nr. 184.

Verantwortl. Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk. vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Petitzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Mittwoch, 20. April 1892.

Annahme von Inseraten Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Otto Thiele. Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Heinr. Eisler, Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Deutschland.

Berlin, 20. April. Die durch die Abänderungsbestimmungen der Gewerbeordnung vom 1. Juni 1891 bedingte durchgreifende Regelung des gewerblichen Verkehrs und der Beschäftigung gewerblicher Arbeiter an Sonn- und Feiertagen macht eine gleichzeitige Revision der in den verschiedenen Verwaltungsbezirken bestehenden Vorschriften über die äußere Heilighaltung der Sonn- und Feiertage erforderlich. Diese Revision soll sich, um eine einheitliche Verordnung für das ganze Land zu ermöglichen, auch auf die bisherigen Bestimmungen im Landwirthschafts- und Forstbetrieb erstrecken, obwohl diese durch die genannten Abänderungsbestimmungen nicht berührt werden. Um bei dieser einheitlichen Regelung die besonderen Gebräuche und berechtigten Eigenthümlichkeiten einzelner Verwaltungsbezirke zu berücksichtigen, beabsichtigt das Handelsministerium, im Einvernehmen mit dem Minister des Innern, dem Kultus- und Landwirthschaftsminister den Entwurf einer Polizeiverordnung aufzustellen, der den für den Umfang der einzelnen Provinzen zu erlassenden Polizeiverordnungen über die äußere Heilighaltung der Sonn- und Festtage zu Grunde zu legen sein wird, ohne daß jedoch hierdurch in provinziellen Eigenthümlichkeiten begründete Bestimmungen ausgeschlossen werden sollen. Um für diesen endgültigen Entwurf die nöthige Grundlage zu gewinnen, hat der Handelsminister einen in Gemeinschaft mit den oben genannten Ministern aufgestellten vorläufigen Entwurf an die Oberpräsidenten, den Polizeipräsidenten von Berlin und den Regierungspräsidenten der hohenzollernschen Lande in Sigmaringen übersandt. Diese sollen im Einvernehmen mit den zuständigen kirchlichen Behörden und unter Anhörung des Provinzialraths prüfen, ob einzelne Bestimmungen zu Bedenken Anlaß geben und inwieweit provinzielle Besonderheiten eine Abänderung oder Ergänzung erfordern. Der vorläufige Entwurf lehnt sich im Wesentlichen an diejenigen Bestimmungen an, welche in der Mehrzahl der Provinzen bereits seit einer längeren Reihe von Jahren in Kraft sind. Abgesehen von den durch die reichsgesetzliche Regelung der gewerblichen Sonntagsarbeit bedingten Aenderungen enthält er im Wesentlichen nur eine Kodifikation der bisherigen Bestimmungen. Die Milderung einiger in der Praxis hervorgetretenen Härten ist, wie es in dem Zirkular-Erlaß hieß, erfolgt, um die Vorschriften der äußeren Heilighaltung der Sonn- und Festtage mit den Anforderungen des täglichen Lebens in Einklang zu bringen und ihre Durchführung zu sichern. Insbesondere werden die 5 Stunden, an welchen die Beschäftigung und der Betrieb im Handelsgewerbe an Sonn- und Festtagen stattfinden darf, voraussichtlich so gelegt werden, daß sie um 7 Uhr Vormittags (ev. im Sommer um 6 Uhr) beginnen und um 2 Uhr (ev. 1 Uhr) schließen, und daß eine zweistündige Unterbrechung für den Hauptgottesdienst und die Vorbereitung zu demselben stattfindet, deren Beginn von der Orts-Polizeibehörde festgesetzt wird.

Um dem Provinzialrath schon jetzt Gelegenheit zu geben, zu dem Entwurfe Stellung zu nehmen und sich gutachtlich zu äußern und die Verhandlung über den vielerlei Lebens- und Wirthschaftsverhältnisse berührenden Gegenstand zur öffentlichen Kenntniß und Erörterung zu bringen, hat der Handelsminister den Text des vorläufigen Entwurfs im „Reichs-Anzeiger" veröffentlicht.

** Der für den letzten Abschnitt der Landtagssession angekündigte Plan, im Wege des Gesetzes eine Gleichstellung der Lehrer an den nicht staatlichen höheren Unterrichtsanstalten mit den an staatlichen Anstalten angestellten herbeizuführen, ist bereits wiederholt, wenn auch nicht auf Grund einer Regierungsvorlage, sondern aus der Initiative des Abgeordnetenhauses heraus Gegenstand der Verhandlungen im Landtage gewesen. Auch schon vor der durch den diesjährigen Etat bewirkten Aufbesserung der Lehrer an den staatlichen höheren Unterrichtsanstalten standen sich die an den Kommunalanstalten angestellten wenigstens zum Theil schlechter als jene, namentlich in Bezug auf den Wohnungsgeldzuschuß, die Pension und die Reliktenversorgung. Die Versuche, diese Ungleichheit im Wege der Gesetzgebung zu beseitigen, sind indessen im Herrenhause mit Rücksicht auf die damit unabwendbar verbundene Mehrbelastung der betheiligten Städte gescheitert. Das Bedürfniß einer Ausgleichung der Einkommens-Verhältnisse der Lehrer an den öffentlichen Unterrichtsanstalten Preußens wird natürlich durch die erfolgte Aufbesserung des Gehalts der staatlichen Lehrer nur um so dringlicher; auf der anderen Seite aber werden die Aufwendungen, welche die Städte, sei es direkt, sei es in der Form der Erhöhung von Schulgeld zur Erreichung dieses Zweckes nothwendig zu machen haben würden, gleichfalls entsprechend höher sich gestalten. Es würden mithin auch die in der Landesvertretung aus der Mehrbelastung der Städte hergeleiteten Bedenken gegen die gesetzgeberische Maßregel noch verstärkt werden. Wenn daher, wie sicher anzunehmen ist, der Plan, den Landtag noch in der laufenden Session mit einer Vorlage zu befassen, zur Ausführung gelangt, so wird man sich auf einen ernsten parlamentarischen Widerstand und demgemäß auf eine entsprechende Verlängerung der Session gefaßt machen müssen.

— Der „Reichsanzeiger" meldet: Der Austausch der Ratifikations-Urkunden zu dem am 15. Januar d. Js. zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika abgeschlossenen Literarabkommen hat am Freitag in Washington stattgefunden; gleichzeitig hat der Präsident der Vereinigten Staaten eine Proklamation erlassen, durch welche der Schutz der Copyright Act auf deutsche Reichsangehörige ausgedehnt wird.

— Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht das Gesetz betreffend die Führung der Aufsicht bei dem Amtsgericht 1 und dem Landgericht 1 in Berlin, sowie die Handhabung der Disziplinargewalt bei dem ersteren Gerichte, vom 10. April 1892.

** Nicht erst bei der jetzt die Presse beschäftigenden Frage einer zweiten Schloßbaulotterie, aber auch bei dieser begegnet man einer Unsitte, deren weitere Verbreitung sehr bedenklich sein würde. Ohne es gerade direkt auszusprechen, aber doch für den aufmerksamen Theil des Leserkreises durchaus verständlich, wird dabei die Person des Landesherrn in den Bereich kritischer Betrachtung gezogen und zum Gegenstande der Mißbilligung und des Vorwurfs gemacht. Ein solches Verfahren ist unvereinbar mit dem im Interesse des monarchischen Prinzips unerläßlichen Grundsätze der Unverletzlichkeit und äußeren Unverantwortlichkeit des Monarchen. Gerade um dieses Grundsatzes willen ist es ein Axiom des konstitutionellen Staatsrechts, daß die Rechtsgültigkeit von Staatsakten an die Kontrasignatur eines Ministers geknüpft ist, welcher mit der Gegenzeichnung die volle Verantwortlichkeit für dieselben übernimmt. Gegen die Träger der Verantwortlichkeit allein ist, sofern man auf dem Boden des Verfassungsstaates sich bewegen will, die Kritik wegen der betreffenden Regierungsakte zu richten, die Person des Monarchen aber ist gänzlich aus dem Spiele zu lassen und weder direkt noch indirekt in die Kritik zu ziehen. Das gilt nicht blos von den parlamentarischen Verhandlungen, in welchen, wenn auch nicht so sorgsam, wie es zu wünschen wäre, die Nennung des Landesherrn vermieden zu werden pflegt, sondern in gleichem Maße von der Presse. Auch diese macht sich, wenn sie, statt gegen den verantwortlichen Minister, gegen den Monarchen selber ihre kritischen Pfeile richtet, des Verstoßes gegen eine der Grundregeln des Verfassungsstaates und damit zugleich einer Durchbrechung des Schutzes schuldig, welchen derselbe dem monarchischen Prinzip gewähren soll und auch thatsächlich gewährt. Der Verstoß gegen eine Grundregel des Verfassungsrechts hat daher nicht blos eine formelle, sondern auch eine sehr ernste materielle Bedeutung, und deshalb erscheint es dringend geboten, daß an dem unter konstitutionellem Gesichtspunkte allein korrekten Grundsatze, die Person des Monarchen nicht in die politischen Diskussionen zu ziehen, streng festgehalten werde.

— Das italienische Königspaar wird, wie das „B. T." erfährt, am Donnerstag nach Pfingsten, den 9. Juli, Vormittags, zum Besuch des deutschen Kaiserhofes in Berlin eintreffen. Königin Margherita wird bei diesem Anlaß zum ersten Mal in unserer Reichshauptstadt weilen. Noch ist in Aller Erinnerung der überaus glänzende Empfang, welcher am 21. Mai 1889 dem König von Italien in Berlin bereitet wurde. König Umberto befand sich damals in Begleitung des Kronprinzen und des Ministerpräsidenten Crispi. Hatte die Entrevue im Jahre 1889 einen ausgesprochen politischen Charakter, dürfte es sich diesmal mehr um einen Familienbesuch handeln; darauf deutet schon der Umstand hin, daß Königin Margherita ihren Gemahl begleitet.

— Die unabhängigen Sozialisten in Berlin haben, wie die „Volksztg." meldet, an ihre Genossen in Deutschland einen Aufruf erlassen, sich in jedem Ort von der sozialdemokratischen Partei loszusagen und diese fernerhin nicht mehr materiell zu unterstützen. Es wird empfohlen, in jedem Ort Vertrauensleute zu ernennen und dadurch einen Verkehr mit einander herzustellen, auch, wo die genügende Anzahl Genossen vorhanden sei, Vereine oder Klubs zu gründen. Durch diese Organisation werde es möglich sein, einerseits der „korrumpirten Sozialdemokratie" und ihrer verweichlichten Taktik einen festen Damm entgegenzusetzen, andererseits aber die bürgerliche Gesellschaft wirksam bekämpfen zu können. Auf demselben Boden stehen die Unabhängigen in der Schweiz, die in Zürich ein eigenes Organ „Freie Gesellschaft" herausgeben.

— Heute tritt im Auswärtigen Amt der Kolonialrath wieder zusammen. Auf der Tagesordnung befinden sich die vorzunehmenden Ermittelungen über eine Regelung der Sklavenfrage in den Schutzgebieten, ferner über die etwaige Umwandlung des Werthzolles in einen Gewichtszoll im ostafrikanischen Schutzgebiet auf Grund einer von dem Zolldirektor für Ostafrika eingereichten Denkschrift und über eine einheitliche Schreib- und Sprachweise der ethnographischen Namen und Bezeichnungen in den Schutzgebieten. Was die Regelung der Sklavenfrage betrifft, so lag dem Reichstag bekanntlich in der verflossenen Session ein Gesetzentwurf vor, der in einer Kommission durchberathen wurde, im Plenum aber nicht mehr zur Erledigung gelangte. Nach den Beschlüssen der Kommission sollte die Gültigkeit des Gesetzes auf die Zeit bis zum 1. Oktober 1895 beschränkt sein, ferner war eine Resolution vorgeschlagen, den Reichskanzler zu ersuchen, innerhalb dieser Frist Vorsorge zu treffen, daß in den deutschen Schutzgebieten die gesammte die Sklaverei betreffende Materie gesetzlich geregelt werde. Um zu übersehen, ob und inwieweit es möglich sein würde, der in der Resolution bezeichneten Regelung der Sklavenfrage nahe zu treten, wird es nöthig sein, die Berichte der Lokalbehörden in den deutschen Schutzgebieten darüber einzuholen, inwieweit dies die vorhandenen Machtmittel der Regierung gestatten, und welche Maßregeln innerhalb dieser Grenzen zur Beseitigung des Unwesens der Sklaverei vorgeschlagen werden. Dem Kolonialrath wird ein Schema für die Berichterstattung zur Begutachtung vorgelegt werden.

— Die Frage wegen eines Schuldotationsgesetzes wird dem Vernehmen nach in der nächsten Woche der Gegenstand der Berathung des Ministeraths sein. Es ist, wie die „Schles. Ztg." annimmt, nicht wahrscheinlich, daß noch in dieser Session die Lösung der Frage erfolgt, eher in der nächsten Session, etwa im Zusammenhange mit der Grund- und Gebäudesteuerreform.

Holtenau, 17. April. Zahlreiche Besucher, zum Theil aus weiter Ferne, trafen in diesen Tagen hier ein, um die gewaltigen Arbeiten an der Mündung des Nord-Ostsee-Kanals in Augenschein zu nehmen. Seit Kurzem sind die Maurerarbeiten an den Schleusenpfeilern wieder aufgenommen. Während des Winters hat man unter jedem Pfeiler, in der ganzen Breite derselben drei Tunnels, sogenannte Düker, hergestellt. Dieselben befinden sich 14 Meter unter dem Wasserspiegel und sollen später unter der Schleusensohle fortgeführt werden. Diese Düker sind zur Aufnahme der zum Oeffnen und Schließen der riesigen Schleusenthüren nothwendigen Maschinentheile bestimmt; um das Eindringen des Wassers zu verhüten, sind deren Wände von gelben schwedischen Klinkern in Zement gemauert und mit Bleipappe umschlossen. Zur Zeit sind 200 Maurer in der Schleusengrube beschäftigt. Die inneren Theile der Pfeiler werden aus rothen Backsteinen und Stampfbeton hergestellt und die Außenseiten mit schwedischen Klinkern, die Ecken und Durchlässe mit Granitquadern befestigt. Neben der Schleusenbaugrube sind 150 Steinschläger beschäftigt, außerdem befindet sich dort eine große Steinbrechmaschine, welche täglich über 100 Kubikmeter Felsensteine zu Schlotten verarbeitet. Acht bis zehn Schiffe, in der Größe von 20 bis 40 Kubikmeter Ladefähigkeit, löschen hier durchschnittlich täglich ihre in der Ostsee gefischten Steinladungen; es herrscht überhaupt auf der ganzen Baustätte eine rege Thätigkeit.

Lübeck, 19. April. Der sozialdemokratische Parteitag stellte für die nächsten Wahlen folgende Kandidaten auf: Hagenow-Grevesmühlen: Peters-Schwerin; für Schwerin-Wismar den Redakteur Grothaus, Bielefeld; für Parchim: Pegelow-Parchim; für Malchin-Waren: Schwartz-Lübeck; für Rostock-Doberan: Kretzschmar; für Güstrow-Ribnitz: Kant-Güstrow; für Mecklenburg-Strelitz: Lütgenau-Berlin.

Oldenburg, 19. April. Prinz Heinrich, der seit dem ersten Feiertage als Gast am hiesigen Hofe weilt, begab sich mit dem Erbgroßherzog von Elsfleth an der Unterweser mit dem Lustdampfer „Lensahn" nach Wilhelmshafen. Der Großherzog geht heute auf sechs Wochen nach Italien. Se. Maj. der Kaiser, der am 29. April hier eintrifft, wird vom Erbgroßherzog empfangen werden.

Nürnberg, 19. April. Auf dem Verbandstage der baierischen Gewerbevereine wurde eine Rede gegen Zwangsinnungen und Befähigungsnachweis gehalten, die sehr beifällig aufgenommen wurde und keinerlei Widerspruch fand.

Karlsruhe, 19. April. (W. T. B.) Der Großherzog erfreut sich fortschreitender Genesung; der Verlauf derselben ist aber ein langsamer und erheischt noch längere Zeit Enthaltung von jeder größeren Anstrengung. Der Großherzog ist daher genöthigt, den Empfang der Abordnungen zum Regierungsjubiläum zu beschränken. Empfänge finden am 28., 29. und 30. April statt.

Straßburg, 17. April. Es zeigt sich immer mehr, daß die Bevölkerung noch nicht reif ist für die neue, von der Regierung geplante Verwaltungsorganisation. Sie ist immer noch von der französischen Zeit her zu sehr daran gewöhnt, daß die Regierung die sämmtlichen Verwaltungsgeschäfte besorgt und daß der Privatmann durch die Besorgung öffentlicher Aemter nicht belästigt wird. Zu einer Aenderung des bestehenden Zustandes hat sich um so weniger ein Bedürfniß herausgestellt, als jetzt so ziemlich alle Kreise der Bevölkerung mit der Art und Weise, wie die deutsche Regierung die Verwaltungsgeschäfte, auch die der Gemeinden, besorgt, völlig zufrieden sind. Es hat sich hierin ein Umschwung in der Stimmung bemerklich gemacht, seitdem der Statthalter die Verwaltungspolitik von allen Experimenten fern hält und darauf bedacht ist, daß möglichst viele Wohlfahrtseinrichtungen und Meliorationen geschaffen werden. Daß in Zukunft die hiesige Verwaltungsmaschine vereinfacht und in deutschem Sinne umgestaltet werden wird, ist allerdings klar. Es wird dazu aber der nöthigen Vorbereitung bedürfen. Auch erscheint es empfehlenswerth, daß die Regierung nicht zu viel auf einmal reformirt, sondern mit einem Theil, etwa mit der Gemeindeverwaltung anfängt. Ich habe keinen Zweifel, daß, wenn im nächsten Jahr die Gemeindeordnung von Neuem vorgelegt wird, diese die Zustimmung der Landesvertretung finden wird.

Helgoland, 17. April. Am 8. d. ankerte am Spätnachmittag (wie schon gemeldet) S. M. Panzerfahrzeug „Beowulf" im Nordhafen. Es hieß, S. k. H. Prinz Heinrich, der Kommandant desselben, beabsichtige einen Besuch der Insel nicht. Am anderen Morgen beim prächtigsten Wetter landete indeß $6^1/_2$ Uhr Se. königl. Hoheit hier, um sich vom Premierlieutenant Wilsch die Insel zeigen zu lassen und nach zwei Stunden wieder an Bord des „Beowulf" zurückzukehren, welcher sich darauf sofort wieder in Bewegung setzte.

Oesterreich-Ungarn.

** Der ungarische Ministerpräsident Graf Szapary ist jüngsthin wieder Gegenstand einer warmen Ovation seitens der liberalen Partei des Reichstages gewesen, indem dieselbe an dem Namenstage des leitenden Staatsmannes zur Darbringung ihrer Glückwünsche bei dem Grafen erschien. Bisher war es in Ungarn nicht üblich, daß Reichstagsparteien in corpore ihren Führern zu deren Namenstagen gratulirten. Umsomehr darf man die in Rede stehende Kundgebung als eine völlig spontane bezeichnen. Soweit diesem Zwischenfall politische Bedeutung innewohnt, wird man dieselbe darin erkennen dürfen, daß die Regierungsmehrheit, welche in der jüngsten Adreßdebatte nach den Wahlen das erste Zeichen ihres erstarkten Kraftbewußtseins, ihres wachsenden Aktionstriebes gab, nunmehr die erste sich bietende Gelegenheit benützen wollte, in einer weniger amtlichen als vor allen Dingen herzlichen Form öffentlich kundzuthun, wie eng und fest verbunden sie sich mit dem Grafen Szapary fühle. So ist der vorhin erwähnte Schritt in Ungarn allgemein verstanden und wird er insbesondere auch seitens der Opposition verstanden werden müssen. Damit wird denn auch ihre Rechnung auf Neben- und Unterströmungen innerhalb der liberalen Partei hinfällig, denn der Sprecher der Gratulanten feierte den Grafen Szapary ausdrücklich als Parteichef. Absichtlich aber wurde der Anlaß eines persönlichen Festtages des Grafen Szapary zur Inscenirung der ihm zugedachten Ehrung erkoren, um den moralischen Werth dieser Genugthuung für all die persönlichen Angriffe, in denen die Opposition nach Landesunsitte sich gegen den Ministerpräsidenten ergeht, über das gewöhnliche Maß hinaus zu erhöhen.

Pest, 15. April. Die Reise des Primas Vassary nach Rom hätte als bloßer Höflichkeits- oder Vorstellungsbesuch gedeutet werden können, wenn sie nicht in halbamtlicher Form mit der Wegtauffrage in unmittelbaren Zusammenhang gebracht worden wäre. Man hat es also mit einer vorwiegend politischen Reise zu thun. Es wird bemerkt, daß die Haltung, die der neue Primas dem Wegtaufstreite gegenüber einnimmt, sich nicht deckt mit der Auffassung, welche die päpstlichen Erlasse an den verstorbenen Primas Simor im Winter des vorigen Jahres zum Ausdruck brachten. Diese Erlasse bezeichneten die ungarische Regierungsverordnung gegen die Wegtaufen für unvereinbar mit den Grundsätzen der katholischen Kirche, und der ungarische Klerus, dessen Haltung Kultusminister Graf Csaky als eine Revolution innerhalb der katholischen Kirche bezeichnete, forderte zu Lebzeiten des früheren Primas in erster Reihe nichts Geringeres als daß diese Regierungsverordnung zurückgezogen werde. Diese Zurücknahme des Wegtauferlasses hätte natürlich den Sturz des Kultusministers zur Folge gehabt. Die Aenderung des Religionsgesetzes vom Jahre 1868, das bestimmt, daß die Kinder aus christlichen Mischehen das Religionsbekenntniß der Eltern nach der Geschlechtsordnung zu befolgen haben, und dadurch allen Ehe- und kirchlichen Zwisten in dieser Hinsicht einen Riegel vorgeschoben hat, schwebte dem katholischen Klerus gleichsam nur als frommer Wunsch vor. Der Standpunkt des neuen Primas ist ein anderer. In einer vielerörterten Rede, die er vor einigen Tagen in dem hiesigen Sankt-Stefansverein hielt, kennzeichnete er den Standpunkt des Klerus dahin, daß weder der Wegtauferlaß des Kultusministers zurückgezogen, noch dieser selbst zu Falle gebracht werden müsse. Der Minister, sagte der Primas, habe durch seinen Erlaß nichts Anderes gethan, als einem bestehenden Gesetze in gutem Glauben Geltung verschafft. Die katholische Kirche fordere aber die Aenderung des Religionsgesetzes zu Gunsten dessen, was diese Kirche die „Freiheit" der Eltern nennt hinsichtlich der Bestimmung der Religion der Kinder. Der neue Primas ist in der Form milder, als sein Vorgänger, dem Wesen nach jedoch sind seine Forderungen viel weitergehend. Was nun die auf Aenderung des bestehenden Religionsgesetzes gerichtete klerikale Forderung betrifft, so steht hierüber nur das Eine fest, daß die Protestanten im Reichstage eine solche Aenderung niemals zugestehen werden. Als während des letzten Hierseins des Kaisers unter dessen Vorsitze Ministerberathungen stattgefunden haben, zu denen auch Graf Kalnoky beigezogen wurde und von denen man angenommen hat, sie gälten unter Anderem auch der Angelegenheit der Wegtaufen, hat zu gleicher Zeit beim Grafen Ludwig Tisza eine Berathung mehrerer angesehener protestantischer Mitglieder des Reichstages stattgefunden, welcher Berathung auch Justizminister Szilagyi angewohnt haben soll. Man glaubt hieraus schließen zu dürfen, daß weder im Kabinet noch in der Regierungspartei in Bezug auf die Lösung des Wegtaufstreites vollständige Einigkeit vorwaltet. Bei diesem Stande der Dinge ist man einigermaßen gespannt auf die vom Primas angekündigten Vorschläge, die er nach seiner Rückkehr aus Rom der Regierung machen wird.

Pest, 19. April. Im Justizministerium wird ein neues Ehegesetz vorbereitet, wonach die Verschiedenheit des Bekenntnisses künftig kein Ehehinderniß bilden, die Wiederverehelichung auch geschiedenen Katholiken gestattet werden wird und die Priester nur als Mandatare des Staates die Trauungen vornehmen.

Belgien.

Brüssel, 16. April. Nicht der Botschafter Montebello, sondern Graf Adrian Montebello ist mit dem Abgeordneten Felix Faure hier eingetroffen, um mit der Société du Haut Congo wegen der Uebernahme der Anlagen der Pariser Firma Daumas Berand und Ko. zu unterhandeln, die noch während der Antisklaverei-Konferenz, mit und ohne die niederländisch-afrikanische Handelsgesellschaft, in der französischen Presse und bei der französischen Regierung gegen die Kongo-Gesellschaften und den Kongostaat Stimmung machte, weil sie, auf sich selbst angewiesen, nicht recht mehr vorwärts kam. Jetzt ist eine Versöhnung eingetreten und das „Journal des Debats" hat das Nachsehen. Um die Anlagen des französischen Hauses am oberen Kongo übernehmen zu können, erhöht die belgische Gesellschaft durch Beschluß ihrer heutigen allgemeinen Versammlung ihr Grundkapital von 2 auf 3 Millionen Franken. Diese Erhöhung wird von den Franzosen beigebracht, als deren Vertreter Herr Daumas in die Verwaltung der Gesellschaft eintritt. Das Gelingen dieses Planes ist dem Hauptmann Thys, Direktor der Kongo-Gesellschaften, zuzuschreiben, der in Paris die Vorverhandlungen geführt hat. — Die Kongo-Regierung hat gewisse Vorschriften, die der Ausbeute und dem Aufkauf von Rohgummi in dem Bangala-Bezirke entgegen strebten, aufgehoben.

Die Sozialisten treffen allenthalben ihre Vorbereitungen für die Maifeier. Hier werden die Folger der Arbeiterpartei sich beim Cambre-Gehölz sammeln, um diesmal ihren Rundgang durch die bessern Stadtvierteln im obern Theile der Stadt zu halten. Abends findet ein Fest im Leopoldspark statt. Die „Ritter der Arbeit" haben die Veranstaltung des Umzugs übernommen, der wie in den vorigen Jahren in Charleroi stattfinden wird und sich den Behörden gegenüber verpflichtet, selbst Ordnung zu halten. In Lüttich hat der Bürgermeister nunmehr die Kundgebung der Arbeiter von Stadt und Umgebung gestattet, nachdem ihm die Sozialistenführer versichert haben, daß der Umzug friedlich verlaufen werde; auf dem Felde außerhalb der Stadt sollen drei Rednerbühnen aufgeschlagen werden. Maueranschläge, natürlich auf rothem Papier, fordern bereits zur Betheiligung auf. Die Bürgerwehr wird aufgeboten werden, da man noch immer Dynamitanschläge befürchten muß. In La Louviere wollen 2000 Arbeiter die Maifeier, die mit der Kirmes zusammenfällt, begehen, während andere Arbeiter der Gegend sich an den Kundgebungen im Borinage zu betheiligen gedenken. Es sind Umzüge in Mons, Cuesmes und Wasmes geplant, immer von denselben Arbeitern. In Mons selbst soll eine Versammlung der Theilnehmer, entweder in der Börse oder auf dem Marktplatz, abgehalten werden. Näheres wird noch in einzelnen Versammlungen bestimmt werden; einstweilen finden während der Ostertage Probeumzüge in den volkreichsten Ortschaften des Borinage statt. In Verviers wird nach dem Umzug eine Versammlung im Sozialistenheim stattfinden. Der diensthuende Bürgermeister von Gent hat den Umzug der dortigen Sozialisten unter Verständigung mit ihnen über die zu betretenden Straßen erlaubt; nur Vereine aus der Stadt dürfen an dem Zuge theilnehmen. Dagegen hat die Lütticher Stadtbehörde den dort geplanten Umzug nicht gestattet. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung ist die Bürgerwehr aufgeboten und werden Gendarmen aus den Provinzen Limburg und Luxemburg zugezogen. Denn noch gestern Abend um 9 Uhr gab es einen Anschlag in der Stadt, diesmal an der Wohnung des Staatsanwalts Beltjens, der kürzlich in dem Anarchistenprozeß aufgetreten war. Der Schaden ist völlig unerheblich, sodaß man annimmt, es sei Preßpulver gelegt worden. Der Dynamitdieb von Thien ist verhaftet worden.

Brüssel, 19. April. Der Abwechslung halber hat an den beiden Osterfeiertagen wieder einmal ein progressistischer Kongreß hierselbst getagt, auf dem natürlich der angeblich bevorstehende Sieg des allgemeinen Stimmrechts in Belgien gefeiert wurde. An dem Kongresse haben sich außer dem Parteiführer Janson, der die dekorative Würde eines Vorsitzenden bekleidete, lediglich die dii minores der radikalen Gesellschaft, etliche Provinz- und Wirthshausredner betheiligt. Es sind deshalb auch nur die ältesten radikalen Phrasen abgedroschen worden. Hervorzuheben ist lediglich die auf dem Kongresse zu Tage getretene Tendenz der Radikalen, nicht blos mit dem gegenwärtigen belgischen Wahlsystem, sondern überhaupt mit der ganzen belgischen Verfassung so rasch als möglich aufzuräumen. Noch ist das Wahlgesetz nicht revidirt und schon richtet sich der radikale Ansturm gegen den Senat, der als „fünftes Rad" am Staatswagen bezeichnet wird. Der hiesige Universitätsprofessor Pergament, ein wackerer Republikaner, erklärte, die Existenz des Senats bedeutet ein Attentat auf die Volkssouveränetät, der man keine Beschränkung auferlegen dürfe. Der neueste radikale Schlachtruf lautet also: „Nieder mit dem Senat!" Wird diese Barriere gefallen sein, dann wird natürlich aus dem radikalen Lager das Feldgeschrei erschallen: „Nieder mit dem König!" Denn die königliche Gewalt ist nach radikaler Ansicht auch ein Attentat gegen die geliebte „Volkssouveränetät". Die Konservativen thäten gut, diesen Umsturzplänen der Radikalen einige Aufmerksamkeit zu schenken, denn die radikalen Hetzer, die sich von den Sozialdemokraten lediglich durch ihre Verstellungskunst unterscheiden, halten die Zeit für gekommen, ihre wahren Gesinnungen zu offenbaren.

Frankreich.

Paris, 17. April. In der Angelegenheit der Fregatte „Sane" hat der frühere Marineminister Barbey versucht, durch Interviews und an die Zeitungen gerichtete Briefe die gegen ihn und seine Verwaltung erhobenen Vorwürfe zurückzuweisen, aber er hat damit nur den Widerspruch des früheren Gouverneurs Bayol hervorgerufen und wird sich wohl jetzt sagen müssen, daß er besser gethan hätte, zu schweigen. Barbey hatte auch Bayol persönlich mit großer Heftigkeit angegriffen und gesagt, daß dieser an den ganzen Verwickelungen mit Dahome Schuld trage. Insbesondere behauptete er, es sei eine böswillige Erfindung, daß er den Befehl gegeben habe, keinen einzigen Matrosen auszuschiffen. Darauf veröffentlicht nun Bayol einen Brief des damaligen Kommandanten der „Sane", Fournier, worin dieser in aller Form erklärt, er habe Befehl, „den Gouverneur von der See aus zu unterstützen, aber keinen einzigen Matrosen auszuschiffen". Barbey wird dagegen nichts vorbringen können und als ein auch für das Ausland recht interessantes Gesammtergebniß dieser ganzen Sache ist nun festgestellt, daß thatsächlich die Marineverwaltung aus kleinlichem Ressortneide der Kolonialverwaltung absichtlich Schwierigkeiten in den Weg gelegt und den Kriegsschiffen Weisung ertheilt hat, einer etwaigen Niedermetzelung der Kolonialtruppen Gewehr bei Fuß zuzusehen! Aus dem erwähnten Briefe Fourniers scheint überdies auch noch hervorzugehen, daß Barbey ganz absichtlich alles so eingerichtet hatte, daß verschiedene vom Gouverneur erbetene Kriegsschiffe nicht an ihren Bestimmungsort ankamen und unthätig sich in Häfen aufhielten, wo ihre Gegenwart gar keinen Zweck hatte, während sich die französischen Besatzungen an der Dahomeküste in der größten Gefahr befanden, was der Marineverwaltung durchaus bekannt war. Uebrigens glaube ich, daß man Unrecht thun würde, wenn man Barbey persönlich die ganze Schuld an diesem Vorkommniß geben wollte, denn bekanntlich ist der Marineminister durchaus nicht der unbeschränkte Herr in seinem Ministerium, sondern dort herrschen im Grunde die „Bureaus", die so ziemlich alles thun, was sie wollen. Noch größer sind sie allerdings im Verhindern von Maßregeln und Reformen, die gegen die geheiligte Ueberlieferung verstoßen, und zahllose Anläufe, die die Minister und die Kammer genommen haben, sind an ihrem passiven Widerstande gescheitert. Die französische Marineverwaltung arbeitet theurer als die aller anderen Seemächte, und zwar sind es hauptsächlich die eigentlichen Verwaltungskosten, die ungeheure Summen verschlingen. Die Kammer verlangt unausgesetzt Reformen und die Minister versprechen sie, aber der Minister denkt und die Bureaus lenken. Insbesondere haben sie nie verwinden wollen, daß man ihnen die Kolonialverwaltung weggenommen hatte, die sie als ihnen erb- und eigenthümlich zugehörig betrachteten, und haben von je her alles gethan, damit der schlechte Verlauf der kolonialen Angelegenheiten den Beweis erbringen solle, daß diese nur unter Leitung der Marine gedeihen können. Sie tragen auch die moralische Verantwortung für die vom nationalen und patriotischen Standpunkte unbegreiflichen Weisungen, welche das Eingreifen der „Sane" verhinderten.

Paris, 17. April. Die Comedie francaise, das sogenannte Haus Molières, soll sich bekanntlich nach Wien begeben, um dort zu spielen. Sie ist das erste Theater Frankreichs, wird vom Staate finanziell unterstützt, und wenn sie auch nicht im Auftrage der Regierung nach Oesterreich geht, so wird es ihr von derselben doch erleichtert. Die Oesterreicher sind nun aber, wie hier Jedermann weiß, die guten Freunde der Prussiens, so daß die Absicht des Theatre francais und das Wohlwollen der Regierung also ein doppeltes „Verbrechen" bedeutet. Cassagnac rührt daher heute auch bereits die patriotisch-chauvinistische Allarmtrommel. Ob man seinem Beispiele folgen wird, vermag ich nicht zu sagen, denn der Thermometergrad, bei dem sich der gesunde Menschenverstand unserer hiesigen Zeitungsschreiber verflüchtigt, ist kein konstanter. Wien ist freilich nicht Berlin; aber gleichwohl beschäftigt man sich hier mit der Frage, als einer welterschütternd bedeutsamen: „Werden die Komödianten Molières nach den Ufern der schönen blauen Donau ziehen oder nicht?"

Paris, 18. April. Für den 1. Mai werden große Vorsichtsmaßregeln getroffen, die Präfektur und das Justizgebäude werden Tag und Nacht bewacht.

Die „Missions étrangères" in Lyon haben nach einer Meldung der „France" aus Wheidah die Nachricht erhalten, daß vier katholische deutsche Missionare und mehrere Schwestern der afrika-

…en Mission von Lyon von Dahomensern als …iseln fortgeschleppt worden sind.

Italien.

Rom, 19. April. Kardinal-Staatssekretär Rampolla erklärte Herrn von Schlözer, der Papst sei jetzt geneigt, den Erzbischof Kopp zum Kardinal zu ernennen, aber unter der Bedingung, daß auch Erzbischof Kremenz in Köln den Purpur erhalte. Die preußische Regierung scheint jedoch hiervon nichts wissen zu wollen, immerhin dauern die Unterhandlungen fort.

Großbritannien und Irland.

London, 19. April. (W. T. B.) In den Bureaux des hierselbst erscheinenden anarchistischen Journals „Common wealth" wurde von der Polizei eine Haussuchung vorgenommen. Dieselbe beschlagnahmte die Typen sowie die fertiggestellten Drucksachen und die Manuskripte. Der Herausgeber des Journals war bereits vorher verhaftet worden.

Bulgarien.

Sofia, 19. April. (W. T. B.) Die „Agence Balcanique" meldet: Die Verhaftung Kuschelew's erfolgte nicht ohne Widerstand seinerseits; es kam dabei zu einem Handgemenge, da ein auf dem Bahnhofe anwesender Freund Kuschelew's sich der Intervention der beiden Polizeiagenten widersetzte. Letztere zogen sich zurück; Kuschelew schrie um Hülfe, ein Kawaß der russischen Botschaft verstopfte ihm den Mund mit einem Schnupftuch, der Freund ertheilte dem Kawassen einen Hieb mit seinem Stocke, worauf dieser einen Revolver zog. Hiernach erschien die türkische Polizei und verhaftete Kuschelew. Der türkische Polizeiminister verständigte den bulgarischen Agenten Dimitrow davon, daß die Behörden des Kuschelew in der Untersuchungs-Angelegenheit der Ermordung Bulkowich's bedürften. Dimitrow überreichte hierauf der Pforte seine Protestnote und theilte den Zwischenfall den Botschaftern mit. Die „Agence Balcanique" hebt hierbei hervor, daß Kuschelew einen vor 7 Monaten in Konstantinopel ausgestellten türkischen Paß hatte, welcher vor seiner Abreise von dem türkischen Konsul in Odessa visirt worden sei.

Amerika.

In der Streitfrage der Behringsmeer-Fischerei wurde der neue modus vivendi, dessen Bestimmungen mit denen des letzten Jahres identisch sind, am Sonntag ratifizirt. Der Seehundfang der amerikanischen Gesellschaft ist auf 7500 Stück festgesetzt. Im Falle die angerufenen Schiedsrichter sich zu Ungunsten der Vereinigten Staaten aussprechen, sollen die letzteren in Folge einer der getroffenen Bestimmungen an England eine entsprechende Entschädigung zu zahlen gehalten sein. Eine andere Klausel ordnet an, daß Schiffe, welche bei der vom Gesetz untersagten Seehundfischerei betroffen und von einer der beiden Nationen aufgebracht werden, ihrer eigenen Regierung ausgeliefert werden sollen. Die amerikanische Gesellschaft hat jedoch einen Protest gegen die Beschränkung ihres Fanges erhoben, und die ganze Angelegenheit wird dem Komitee für auswärtige Angelegenheiten überwiesen werden.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 20. April. Die Zeit rückt immer näher, in welcher die Leidenden ihre Koffer packen, um in Bädern und Kurorten Heilung für ihre Krankheiten zu suchen, schwere Opfer für ganze Familien sind oft damit verbunden, und wollen wir daher nicht unterlassen, auf eine Heilquelle hinzuweisen, welche schon bei verständiger und gewissenhafter Anwendung schöne Erfolge ergeben hat und dabei den Vortheil hat, keine großen Reise- und Kurkosten zu verursachen, es ist dies die Stettiner Stahlquelle. Allen Zaghaften wäre die Beobachtung unserer Ferienkolonisten im Sommer zu empfehlen, welche, trotz ernster Leiden, beim Gebrauch des Stahlwassers und der ihnen gewährten Pflege gesunden, und Jedem sichtbar emporblühen. Alle diejenigen, welche sich ihrem Beruf, ihrer Familie nicht auf Wochen entziehen können, erreichen an unserer Stahlquelle oft mehr als Andere, welche durch die halbe Welt reisen, und ohne Rücksicht auf die Opfer an Zeit und Geld sich den, mit der Zeit langweiligen Aufenthalt in einem Bade und die Entbehrung der gewohnten häuslichen Bequemlichkeit auferlegen. Die Kur an der Stahlquelle kann auch der Arme sich gewähren, und der Reiche hat freie Wahl für seine Sommerfrische, wenn seine hier wiedererlangte Gesundheit ihn nicht zu einer Badereise zwingt. Wozu also in der Ferne suchen, was man daheim finden kann.

— Am Sonnabend verließ Herr Hans von Puttkamer, Sohn eines pommerschen Gutsbesitzers, Berlin, um sich nach Natal zu begeben, woselbst er Ländereien zu erwerben und Landwirthschaft zu betreiben gedenkt. Herr von Puttkamer wird sich der dortigen deutschen Mission anschließen. Er hat, ehe er hinausging, verschiedene Handwerke gelernt, um überall selbst Hand anlegen und auf seinem künftigen Besitzthum alle nöthigen Anordnungen selbst treffen zu können.

— Die Ernennung des früheren Kultusministers Graf von Zedlitz-Trützschler zum Doctor honoris causa der theologischen Fakultät der Universität Greifswald erfolgte mit folgendem Elogium: Ominium nec non adversatorium indicio vere christianum probum honestum fidei confessorem sincerum eccleciae evangelicai amicum integrum in omnibus a sacra regis et imperatoris maiestate muneribus ei commissis pium fidelem (nach Aller, auch der Gegner Urtheil in Wahrheit ein Christ und Ehrenmann, ein lauterer Bekenner des Glaubens, ein untadeliger Freund der evangelischen Kirche, treu und gewissenhaft in allen von des Kaisers und Königs Majestät ihm übertragenen Aemtern.)

— Zum Artillerie-Offizier vom Platz in Swinemünde ist an Stelle des zum Major beförderten Hauptmanns Ackermann der Hauptmann und Kompagnie-Chef vom Fuß-Artillerie-Regiment Nr. 11, Röhrig, ernannt.

— Wie uns die Direktion des „Bellevue-Theaters" mittheilt, findet nur eine Aufführung von „Nathan der Weise" mit Dir. Possart statt und zwar am Sonnabend.

— Heute hat die in der „Philharmonie" gastirende Berliner Parodie-Theater-Gesellschaft ein ganz neues Programm gewählt. Vor Allem dürfte die Opern-Parodie „Cavalleria rusticana", welche allseitig im Originale von den Aufführungen im hiesigen Stadttheater her bekannt ist, ein ganz allgemeines Interesse erregen.

— Am 1. Festtage ist unter Arcona die Galeas „Johanna", Kapitän Berg, aus Breege gesunken; das Schiff ist mit Gypssteinen von Stettin nach Königsberg bestimmt. Die Besatzung wurde durch das Rettungsboot gerettet, dagegen ist Schiff und Ladung total verloren. — An demselben Tage strandete bei Marienleuchte der Danziger Dampfer „Biene", derselbe wurde jedoch durch eigene Hülfe wieder flott und dampfte weiter.

— Dem kgl. Eisenbahn-Bau- und Betriebs-Inspektor C. Fuchs zu Stargard ist ein Patent auf ein von ihm konstruirtes Knallsignalwerk zum Anzeigen aufgeschnittener Weichen ertheilt worden.

* Zu einer rechten Osterfeier gestaltete sich der Theeabend des evangelischen Traktat-Vereins, welchen derselbe gestern im Betsale der pommerschen Molkereischule abhielt und der sich eines äußerst zahlreichen Besuches zu erfreuen hatte. Nachdem der Gesangchor des Vereins einige Osterlieder vorgetragen, erhob sich Herr P. Bahr, um über das Bibelwort 1. Korinther 15, 14 und 20 zu sprechen, während Herr P. Fürer in der Theepause das Wort: „Herr, bleibe bei uns, denn es will Abend werden" der Versammlung nahe legte und dabei zu Treue und Beständigkeit am Herrn aufforderte. Herr P. Grunewaldt führte die Anwesenden in die Mission hinein und zwar erzählte er von der Brüdermission, die in Grönland, Mittel-Amerika (dort hatte Redner selbst 20 Jahre lang als Missionar gearbeitet) und Ostafrika. Das Schlußwort des Herrn P. Hasert bildete einen trefflichen Abschluß des Abends.

* In der Zeit vom 10. April bis zum 16. April d. Js. sind hierselbst 29 männliche und 23 weibliche, in Summa 52 Personen polizeilich als verstorben gemeldet, darunter 4 Kinder unter 5 und 14 Personen über 50 Jahren. Von den Kindern starben 5 an Krämpfen und Krampfkrankheiten, 3 an Gehirnkrankheiten, 2 an Lebensschwäche bald nach der Geburt, 2 an Abzehrung, 2 an anderen chronischen Krankheiten, 1 an Durchfall und Brechdurchfall, 1 an Scharlach, 1 an Schwindsucht, 1 an anderer entzündlicher Krankheit, 1 an unbekannter Krankheit. Von den Erwachsenen starben 6 an Schwindsucht, 5 an organischen Herzkrankheiten, 4 an Gehirnkrankheiten, 4 in Folge von Unglücksfällen, 3 an anderen entzündlichen Krankheiten, 3 an anderen chronischen Krankheiten, 2 an Diphtheritis, 2 an Entzündung des Brustfells, der Luftröhre und Lungen, 2 an Altersschwäche, 1 an Säuferwahnsinn, 1 an Krebskrankheit.

* Auf dem heutigen Wochenmarkt wurden für Fleisch folgende Preise erzielt: Rindfleisch: Keule 1,20—1,30 Mark, Vorderfleisch 1,20 Mark, Filet 1,80 Mark; Schweinefleisch: Kotelettes 1,40 M., Schinken 1,30 Mark, Bauch 1,30 Mark; Kalbfleisch: Keule 1,20 Mark, Vorderviertel 1,20 Mark, Kotelettes 1,60 M.; Hammelfleisch: Kotelettes 1,40 Mark, Keule 1,30 Mark, Vorderfleisch 1,20 Mark; geräucherter Speck 1,60 Mark per Kilo. Geringere Fleischsorten waren 10 bis 20 Pf. billiger

---

Landwirthschaftliches.

Nachdem der letzte Anmeldetermin für die landwirthschaftliche Ausstellung zu Königsberg i. Pr., welche in den Tagen vom 16.—20. Juni d. J. stattfindet, abgelaufen ist und noch eine größere Anzahl Gebrauchspferde angemeldet sind, stellt sich die Anmeldung für die Ausstellung auf 347 Pferde, 813 Rinder, 410 Schafe und 230 Schweine. Der Anmeldetermin für Geflügel ist noch nicht abgelaufen. Die erwarteten Preisaussetzungen seitens der Provinz Ostpreußen und der Stadt Königsberg sind in der Höhe von 12,000 Mk. eingegangen, ebenso sind von einigen andern Seiten noch Preise gestiftet worden, besonders hat die Gesellschaft selbst für stark beschickte Klassen noch 4000 Mk. ausgesetzt, so daß eine Gesammtgeldsumme von 95,450 Mk. zur Verfügung steht. Außerdem sind noch eine Reihe von zum Theil sehr kostbaren Kunstwerken als Preisgaben zur Aussetzung gekommen. Inzwischen hat die diesjährige Hauptprüfung der Drillmaschinen bereits begonnen, indem die sogenannten Drehproben in Berlin vollendet sind. Durch dieselben ist ermittelt worden, ob dieselben in allen Theilen und in den verschiedensten Stellungen gleichmäßig säen und inwieweit sie auf verschiedene Sämengen auf den Hektar einstellungsfähig sind. Die weitere Prüfung der Drillmaschinen findet in den Tagen vom 21. bis 23. d. Mts. in Großhof bei Tapiau in Ostpreußen statt.

Vermischte Nachrichten.

— Durch die Koscielecer Affaire sind unter den Einwohnern der Provinz Posen Angst und Schrecken verbreitet, die sich zuweilen in recht merkwürdiger Weise äußern. Hierfür ein Beispiel. Ein Herr von K., ein junger, großer und kräftiger Mann aus Posen, fuhr, der „Pos. Mg.-Ztg." zufolge, am 9. nach Labischin, um sich von dem dortigen Probst zu Militärzwecken einen Taufschein geben zu lassen. Der Probst war aber gerade an diesem Tage nach Koscielec gefahren, um Herrn von Poninski einen Krankenbesuch abzustatten. Die Schwester des Herrn Probstes in Labischin gab dem das Taufzeugniß verlangenden Fremden mit sichtlicher Angst und Bangen die Antwort, daß ihr Bruder nicht zu Hause sei. Herr von K. verließ deshalb alsbald die Probstei, war aber nicht wenig erstaunt, als er auf der Straße plötzlich von einem Polizeibeamten angehalten wurde und zur Haft gebracht werden sollte. Herr v. K. suchte den allzu eifrigen Beamten zu beruhigen und ersuchte ihn, ihm nach dem nächsten Restaurant zu folgen, wo er seine Persönlichkeit feststellen lassen wollte. Dies geschah, bald darauf sammelte sich jedoch eine größere Volksmenge vor dem beregten Lokal an, man trat in das Restaurant, und ein strammer Mann, angeblich ein Fleischer, stürzte sich auf Herrn von K., den er für einen abgesandten Anarchisten hielt; nur der Wirth vermochte seinen fremden Gast zu retten. Die Persönlichkeit des Herrn von K. wurde bald darauf auf dem Bürgermeisteramt festgestellt, und durfte derselbe später unbehelligt von Labischin nach Posen zurückkehren.

— Für die Schutztruppe in Kamerun ist eine Kaserne fertiggestellt worden. Dieselbe ist 12,65 Meter lang und 8,20 Meter breit. Sie ruht auf 30 gemauerten Steinpfeilern, über welche 18 Eisenbahnschienen als Schwellen gelegt wurden. Auf diesen erhebt sich der 3,5 Meter hohe Bau aus schwedischem Tannenholz mit Gipsdielwänden und Wellblechdach. Die Giebelwände sind des besseren Luftwechsels wegen nur 4,50 Meter hoch ausgefüllt. Das 1 Meter überspringende Dach verhindert das Eindringen des Regens in die Oeffnungen. Die Kosten des gesunden und soliden Neubaues betragen nur etwa 2500 Mark.

— Lieutenant Hermann, der vor längerer Zeit eine Expedition nach dem Viktoria-See unternommen hat, berichtet über einen Kampf mit den kriegerischen Wagogo, den er am 31. Januar 1892 zu bestehen hatte. Wir entnehmen der in Nr. 8 des Deutschen Kolonialblattes veröffentlichten ausführlichen Schilderung, welche für die Charakteristik dieses kriegerischen Volksstammes bemerkenswerth ist, daß die Wagogo nie in der Nähe ihrer eigenen Ortschaften stehlen, sondern zu anderen gehen, damit der Verdacht auf jene falle. Hermann kam am Bubu-Fluß (Ortschaft Kapi) an und bezog Lager jenseits des Flusses. Da die Wagogo, wie gewöhnlich, eine feindliche Haltung annahmen, der Häuptling Maranga sich weigerte zu kommen und aus der Karawane ein Sudanesenknabe sammt ein halb Last Zeug gestohlen wurde, sah Hermann sich genöthigt, angriffsweise vorzugehen. Ueber 500 Wagogokrieger besetzten unter dem üblichen hyänenartigen Geheul eine mit Gebüsch bestandene Terrainwelle, welche sofort angegriffen wurde. — Der Kampf löste sich wegen des Busches in eine Reihe Einzelgefechte auf und zog sich weit auseinander. Die Wagogo erlitten bedeutende Verluste; bei jeder der ca. 80 Temben lagen Todte. Erbeutet wurden außer reichen Getreidevorräthen ungefähr 900 Ziegen und Schafe, außerdem wurde der Unterhäuptling gefangen genommen. Noch am selben Nachmittage marschirte die Karawane 1½ Stunden weiter bis Magullo, dem Haupträuberneſt, wo damals auch eine ganze von Oswald u. Co. ausgerüstete Karawane (6 Araber, 100 Mann) bis auf den letzten Mann niedergemacht worden ist, und bezog am 6. Februar Lager dicht bei Makenges Residenz. Häuptling Masenta (Familienname Mahembano), jetzt Oberherr über die Landschaft Uniangwirra, unterwarf sich demüthig und brachte reichliche Geschenke. Er versuchte natürlich die Anklagen der Karawanen auf die anderen Orte zu schieben; die Nachricht, daß hier eine Station angelegt wird, machte auf ihn einen sehr deprimirenden Eindruck. Hermann selbst ist mit 28 Sudanesen dort geblieben, um Baron Fischer zu erwarten und nunmehr Magallo gründlich zu bestrafen.

— (Kantsche Aphorismen.) Der Vater des Dresdner Verlegers Heinrich Minden, Dr. Minden, der vor einigen Jahren in Dresden starb, war ein eifriger Sammler literarischer Alterthümer. Unter Anderem besaß er ein aus dem Nachlasse Kants herrührendes Exemplar von Georg Christoph Lichtenbergs „Vermischten Schriften" Band 2. Dasselbe war mit Schreibpapier durchschossen und enthielt zahlreiche eigenhändige Anmerkungen Kants. Diese Bemerkungen Kants gewinnen noch dadurch an Interesse, daß sie aus den drei letzten Lebensjahren des Philosophen herrühren. Herr Minden hat diese Bemerkungen am 22. April 1870, dem Geburtstage Kants, in der Kant-Gesellschaft zu Königsberg i. Pr. mitgetheilt. Der Vortrag erschien dann in der „Altpreußischen Monatsschrift" Band 8 Heft 4. Da nun aber der Vortrag in dieser ersten Drucklegung längst vergriffen ist und an den erwähnten Sohn Mindens oft Anfragen nach dem Vortrage ergingen, so hat kürzlich der Verlagsbuchhändler Heinrich Minden eine neue Drucklegung des Vortrages herstellen lassen, die gewiß weitere Kreise lebhaft interessiren wird. Der Autor schildert in dem Vortrage nach biographischen Mittheilungen von Kants Zeitgenossen, daß der Philosoph von Königsberg ein ungemein heiterer Tischgenosse war und theilt zahlreiche witzige Antworten Kants mit. Besonders interessant aber sind die erwähnten Anmerkungen aus dem Bande von Lichtenbergs „Vermischten Schriften". Wir theilen hier einige dieser Aussprüche Kants mit:

„Ich habe immer gefunden, die sogenannten schlechten Leute gewinnen, wenn man sie genauer kennen lernt, und die guten verlieren."

„Wie glücklich würde Mancher leben, wenn er sich um anderer Leute Sachen so wenig kümmerte, als um seine eigenen."

„Es giebt wirklich sehr viele Menschen, die blos lesen, damit sie nicht denken dürfen."

„Man hat in den finsteren Zeiten oft sehr große Männer gesehen. Dort konnte nur groß werden, wen die Natur besonders zum großen Manne gestempelt hatte. Jetzt, da der Unterricht so leicht ist, richtet man die Menschen ab zum Großwerden, wie die Hunde zum Apportiren. Dadurch hat man eine neue Art von Genie entdeckt, nämlich die große Abrichtungsfähigkeit; und dieses sind die Menschen, die uns den Handel hauptsächlich verderben; sie können oft das eigentliche Genie verdunkeln, oder wenigstens hindern, gehörig empor zu kommen."

„Es kommt nicht darauf an, ob die Sonne in eines Monarchen Staaten nicht untergeht, wie sich Spanien ehedem rühmte, sondern was sie während ihres Laufes in diesen Staaten zu sehen bekommt."

„Unter die größten Entdeckungen, auf die der menschliche Verstand in den neuesten Zeiten gefallen ist, gehört wohl die Kunst, Bücher zu beurtheilen, ohne sie gelesen zu haben."

„Es giebt manche Leute, die nicht eher hören, als bis man ihnen die Ohren abschneidet."

„Kirchthürme, umgekehrte Trichter, das Gebet in den Himmel zu leiten."

„Vom Wahrsagen läßt sich wohl leben in der Welt, aber nicht vom Wahrheit sagen."

„Im Deutschen reimt sich Geld auf Welt: es ist kaum möglich, daß es einen vernünftigeren Reim gebe; ich biete allen Sprachen Trotz!"

„Wir leben in einer Welt, worin ein Narr viele Narren, aber ein weiser Mann nur wenige Weise macht."

„Die geschnitzten Heiligen haben in der Welt mehr ausgerichtet, als die lebendigen."

Heydekrug, 19. April. Beim Hechtstechen sind die Fischer Bleil, Rink und Kaspschitzki im Moor versunken. Die Leichen derselben wurden erst am dritten Tage nach dem Unglücksfalle gefunden.

Agram, 13. April. Unter außergewöhnlicher Theilnahme der Bevölkerung fand heute die Schlußverhandlung gegen den Realschüler Peyer statt, der in Karlstadt am 5. März seinen Kollegen und Zimmergenossen Vaso Knezevic erschossen hat. Die Angelegenheit wurde von den Serben zu politischen Demonstrationen benutzt und Knezevic als serbischer Märtyrer gefeiert. Eine Deputation von Belgrader Studenten erschien in Karlstadt, um auf sein Grab einen Kranz niederzulegen. In Belgrad wurde für Knezevic ein Requiem abgehalten, welches vierzehn Archimandriten celebrirten, und der serbische Kultusminister gab aus diesem Anlasse sämmtlichen Belgrader Schulen einen Feiertag. In der ehemaligen Grenze wurden Bilder des erschossenen Knezevic mit der Umschrift, daß er als Opfer kroatischer Unbrüderlichkeit gefallen sei, zum Preise von 15 Kreuzer kolportirt. Diese Agitation trägt zur Steigerung der ohnehin herrschenden tiefen Erbitterung zwischen Serben und Kroaten bei. Die heute durchgeführte Schlußverhandlung ergab, daß Knezevic der provozirende Theil gewesen war. Er hatte behauptet, daß Slowonien niemals kroatisch war, noch sein werde. Daraufhin entstand ein Streit. Knezevic schlug zuerst den Peyer ins Gesicht, griff ihn dann mit einem Messer und schließlich mit einer Ruderstange an. Daraufhin eilte Peyer in das obere Stockwerk, nahm dort ein Gewehr, und als ihn der Gegner dann nochmals ein „kroatisches Schwein" nannte, drückte Peyer, wie er behauptet, unwillkürlich ab. Knezevic brach tödtlich verwundet zusammen und starb noch in derselben Nacht. Peyer, von dem Eindruck seiner That überwältigt, stürzte weinend auf die Leiche des Kollegen und bethätigte seither die tiefste Reue. Die Zeugen bestätigten, daß zwischen den beiden jungen Leuten wiederholte Wortwechsel über das Kroaten- und Serbenthum stattfanden. Die Zeugen bezeichneten auch Knezevic als einen leidenschaftlichen Serben. Der Gerichtshof verurtheilte Peyer wegen Todtschlags zu zwei Jahren Kerkers.

Börsen-Berichte.

Stettin, 20. April. Wetter: Bewölkt. Temperatur + 6° Reaumur. Barometer 770 Millimeter. — Wind: NNW.

Weizen wenig veränd., per 1000 Kilogramm loko 200—213 bez., per April-Mai 206 bez., per Mai-Juni 206 B., per Juni-Juli 206 bez.

Roggen matter, per 1000 Kilogramm loko 180—200 bez., per April-Mai 203,00 G., 203,50 B., per Mai-Juni 200,00 bez., per Juni-Juli 196,50 bez., per Juli-August 180,00 B. u. G., per September-Oktober —,—.

Gerste ohne Handel.

Hafer per 1000 Kilogramm loko 145—156.

Mais ohne Handel.

Rüböl behauptet, per 100 Kilogramm loko ohne Faß, bei Kleinigkeiten ohne Handel, per April-Mai 53,50 B., per September-Oktober 52,00 B.

Spiritus fester, per 100 Liter à 100 Prozent loko 70er 40,9 bez., per April-Mai 70er 40,5 nom., per Juli-August 70er —,—, per August-September 70er 42,2 nom., per September-Oktober 70er —,—.

Petroleum ohne Handel.

Regulirungspreise: Weizen 206,00, Roggen 203,00, 70er Spiritus 40,5, Rüböl —,—.

Angemeldet: Nichts.

Landmarkt.

Weizen 214—216. **Roggen** 198—200. **Gerste** 150—158. **Hafer** 154—158. **Rübsen** —,—. **Heu** 3,00—3,50. **Stroh** 32—34. **Kartoffeln** 75—84. **Erbsen** —,—.

Berlin, 20. April. Weizen per April-Mai 193,50 bis 192,75 Mark, per Mai-Juni 192,25 Mark, per Juni-Juli 191,75 Mark.

Roggen per April-Mai 201,25 bis 201,75 Mark, per Mai-Juni 196,00 Mark, per Juni-Juli 191,25 Mark.

Rüböl per April-Mai 54,50 Mark, per September-Oktober 52,30 Mark.

Spiritus loko 70er 41,60 Mark, per April Mai 70er 41,60 Mark, per August-September 70 Mark. 43,30

Hafer per April-Mai 149,00 Mark, per Juni-Juli 151,25 Mark.

Petroleum per April 22,20 Mark.

London. Wetter: regnerisch.

Berlin, 20. April. Schluß-Kourse.

Preuß. Consols 4%	106,90	London kurz	—,—
do. do. 3½%	100,00	London lang	—,—
Deutsche Reichsanl. 3%	85,80	Amsterdam kurz	—,—
Pomm. Pfandbriefe 3½%	96,25	Paris kurz	—,—
Italienische Rente	88,80	Belgien kurz	—,—
do. 3% Eisenb.-Oblig.	55,40	Bredow. Cement-Fabr.	—,—
Ungar. Goldrente	93,30	Neue Dampf.-Com. (Stettin)	86,60
Rumän. 1881er amort. Rente	97,75	Stett. Chamotte-Fabr. Didier	196,50
Serbische 5% Rente	80,10	„Union", Fabrik chem. Produkte	116,25
Griechische 5% Goldrente	56,50	**Ultimo-Kourse:**	
Russ. Boden-Credit 4½%	95,80	Disconto-Commandit	187,90
do. do. von 1880	92,80	Berliner Handels-Gesell.	137,75
Mexikan. 6% Goldrente	82,0	Oesterr. Credit	168,75
Oesterr. Banknoten	170,65	Dynamite-Trust	185,75
Russ. Banknot. Cassa	206,40	Bochumer Gußstahlfabrik	116,50
do. do. Ultimo	206,50	Laurahütte	107,6
National-Hyp.-Cred.-Gesellschaft (110) 4½%	103,75	Harpener	141,40
do. (110) 4%	106,50	Hibernia Bergw.-Gesellsch.	115,25
do. (100) 4%	100,10	Dortm. Union St.-Pr. 6%	56,60
P. Hyp.-A.-B. (100) 4% V.—VI. Emission	101,60	Ostpreuß. Südbahn	73,25
Stett. Bulc.-Act. Litt. B.	110,25	Marienburg-Mlawkabahn	56,60
Stett. Bulc.-Priorität	127,50	Mainzerbahn	112,75
Stett. Maschinenb.-Anst. vorm. Möller u. Holberg Stamm-Akt. à 1000 M.	—,—	Norddeutscher Lloyd	102,25
do. 6 proz. Prioritäten	—,—	Lombarden	42,10
Petersburg kurz	206,10	Franzosen	153,10

Tendenz still.

Bremen, 19. April. (Börsen-Schluß-Bericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notirung der Bremer Petroleum-Börse.) Faßzollfrei. Ruhig. Loko 5,90 B. Baumwolle geschäftslos.

Wien, 19. April. Getreidemarkt. Weizen per Frühjahr 9,24 G., 9,27 B., per Herbst 8,62 G., 8,65 B. Roggen per Frühjahr 8,85 G., 9,90 B., per Herbst 7,53 G., 7,55 B. Mais per Mai-Juni 5,33 G., 5,36 B., per Juli-August 5,47 G., 5,50 B. Hafer per Frühjahr 6,04 G., 6,07 B., per Herbst 6,02 G., 6,05 B.

Amsterdam, 19. April Java-Kaffee good ordinary 53,00.

Amsterdam, 19. April, Nachmittags. Bancazinn 55,00.

Amsterdam, 19. April, Nachmittags Getreidemarkt. Weizen auf Termine höher, per Mai 215,00, per November 217,00. — Roggen loko still, do. auf Termine höher, per Mai 194,00, per Oktober 171,00. — Rüböl loko 26,50, per Mai 24,87, per Herbst 25,56.

Antwerpen, 19. April. Getreidemarkt. Weizen besser. Roggen ruhig. Hafer behauptet. Gerste ruhig.

Antwerpen, 19. April, Nachmittags 2 Uhr 15 Minuten. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß loko 14 B., per April — B., per Mai 14 B., per September-Dezember 14⅛ B. Fest.

Paris, 19. April, Nachmittags. (Schluß-Kourse.) Ruhig.

	Kours	vom 16.
3% amortisirb. Rente	97,55	97,62½
3% Rente	96,77½	96,80
4½% Anleihe	105,72½	105,72½
Italienische 5% Rente	88,80	88,92½
Oesterr. Goldrente	93,75	93,87
4% ungar. Goldrente	93,18	93,03
4% Russen de 1880	—,—	—,—
4% Russen de 1889	92,60	92,50
4% unifiz. Egypter	491,87	491,87
4% Spanier äußere Anleihe	58⅜	58,50
Convert. Türken	19,67	19,72½
Türkische Loose	73,30	72,75
5% privil. Türk.-Obligationen	424,00	422,50
Franzosen	—,—	615,00
Lombarden	215,00	212,50
„ Prioritäten	303,00	303,00
Banque ottomane	554,00	554,00
„ de Paris	618,00	617,00
„ d'escompte	165,00	165,00
Crédit foncier	1185,00	1180,00
„ mobilier	—,—	160,00
Meridional-Aktien	603,00	603,00
Panama-Kanal-Aktien	17,00	16,00
„ 5% Obligationen	19,00	19,00
Rio Tinto-Aktien	425,60	421,80
Suezkanal-Aktien	2781,00	2765,00
Gaz Parisien	1406,00	1397,00
Credit Lyonnais	760,00	758,00
Gaz pour le Fr. et l'Etrang.	535,00	538,00
Transatlantique	560,00	562,00
B. de France	4130,00	4115,00
Ville de Paris de 1871	409,00	410,00
Tabacs Ottom.	347,00	348,00
2¾ Cons. Angl.	—,—	96,75
Wechsel auf deutsche Plätze 3 Mt	122,50	122,50
Wechsel auf London kurz	25,14	25,14½
Cheque auf London	25,15½	25,16
Wechs. Amsterdam k.	206,06	206,06
„ Wien. k.	208,25	208,50
„ Madrid k.	425,50	425,50
Comptoir d'Escompte neue	495,00	—,—
Robinson-Aktien	83,70	84,30

Paris, 19. April, Nachmittags. Rohzucker (Schlußbericht) träge, 88% loko 37,00—37,25. Weißer Zucker weich., Nr 3 per 100 Kilogramm per April 37,12½, per Mai 37,37½, per Mai-August 37,62½, per Oktober-Januar 35,37½.

London, 19. April. An der Küste 4 Weizenladungen angeboten. — Wetter: Kalt.

London, 19. April. Chili-Kupfer 46,25, per 3 Monat 46,75.

London, 19. April. 96% Javazucker loko 15,62, ruhig. — Rübenrohzucker loko 13,00, ruhig.

Liverpool, 19. April. Getreidemarkt. Weizen unverändert, Mehl ruhig, Mais ungefähr ½ d. niedriger. — Wetter: Schön.

Newyork, 19. April, Vorm. Petroleum. (Anfangskourse.) Pipe line certificates per Mai 59,62. Weizen per Juli 90,37.

Newyork, 19. April. Wechsel auf London 4,86¼. Petroleum in Newyork 6,10, in Philadelphia 6,05, rohes (Marke Parkers) 5,40. Pipe line certif. per Mai — D. 59 C. Mehl 3 D. 55 C. Rother Winter-Weizen loko — D. 98⅞ C. Rother Weizen per April — D. 92½ C., per Mai — D. 90½ C., per Juni — D. 89¾ C. Getreidefracht 2,00. Mais per Mai 47,25. Zucker 2,75. Schmalz loko 6,52. Kaffee Rio Nr. 7 13,00 nom. Kaffee per Mai ord. Rio Nr. 7 12,27. Kaffee per Juli ord. Rio Nr. 7 11,77. Weizen (Anfangs-Kours) per Mai 90⅜.

Bankwesen.

Berlin, 19. April. Wochen-Uebersicht der Reichsbank vom 14. April.

Aktiva.

1) Metallbestand (der Bestand an koursfähigem deutschen Gelde und an Gold in Barren oder ausländischen Münzen) das Pfund fein zu 1392 M. berechnet M. 935,879,000, Abnahme 2,888,000.
2) Bestand an Reichskassenscheinen M. 24,853,000, Zunahme 839,000.
3) Bestand an Noten and. Bank. M. 10,297,000, Zunahme 721,000.
4) Bestand an Wechseln M. 568,931,000, Abnahme 5,582,000.
5) Bestand an Lombardfordrg. M. 98,323,000, Abnahme 6,896,000.
6) Bestand an Effekten M. 7,883,000, Zunahme 885,000.
7) Bestand an sonst. Aktiven M. 33,038,000, Abnahme 512,000

Passiva.

8) Das Grundkapital M. 120,000,000 unverändert.
9) Der Reservefonds M. 30,000,000 unverändert.
10) Der Betr. der umlauf. Not. M. 969,686,000, Abnahme 38,811,000.
11) Die sonstigen tägl. fälligen Verbindlichkeiten 551,723,000, Zunahme 23,374,000.
12) Die sonstigen Passiva M. 3,949,000, Abnahme 105,000.

Der flüssige Geldstand äußert von Neuem seine Einwirkung auf die Reichsbank. Das Wechselportefeuille hat um 5,5, das Lombard-Konto um 6,9 Millionen abgenommen. Gleichzeitig sind auf Giro-Konto 23 Millionen mehr eingezahlt worden. Der Betrag der umlaufenden Noten hat um 38,8 Millionen abgenommen. Der Metallbestand zeigt eine unwesentliche Abnahme, um 2,8 Millionen.

Telegraphische Depeschen.

Berlin, 20. April. Die Abreise des Reichskanzlers von Caprivi nach Karlsbad wird erst morgen oder am Freitag erfolgen; von dort aus erfolgt bestimmt der Antritt einer Erholungsreise.

Frankfurt a. M., 20. April. Der Hauptkassirer des Bankhauses M. A. v. Rothschild und Söhne, Namens Jäger, seit 17 Jahren angestellt, fehlt seit einigen Tagen im Geschäft. Details fehlen.

Paris, 20. April. Die für den Ravachol-Prozeß ausgeloosten Geschworenen haben nach der Reihe abgelehnt, als Geschworene zu fungiren.

Aus Dahomey sind allamirende Nachrichten hier eingetroffen. Der Fall des Forts Imovs wird befürchtet.

St. Etienne, 20. April. Die Gruppe der hiesigen Anarchisten erließ ein in leidenschaftlichen Ausdrücken abgefaßtes Manifest, in welchem die „Märtyrer" von Xeres und Chicago verherrlicht werden. Neue dem Tode geweihte Genossen würden aber den Kampf fortsetzen.

Rom, 20. April. General Ricotti konferirte neuerdings mit Rudini, alsdann mit dem Könige. Daraus wird gefolgert, daß die Rekonstruktion des Kabinets noch nicht definitiv erfolgt. Authentisches fehlt.

London, 20. April. Nach einer Meldung aus San Francisco sind dort gestern Morgen schwere Erdstöße erfolgt. Da sämmtliche Telegraphenlinien unterbrochen sind, fehlt noch die Bestätigung dieser Nachricht. Gerüchtweise verlautet aber, daß die Städte Bixon, Pinters und Vacuville zerstört seien. Auch die Bahnverbindungen sollen in Folge des Einsturzes von Brücken und Dämmen gestört sein.

Petersburg, 20. April. Die Regierungsblätter fordern immer energischer die Aufhebung des Getreide-Ausfuhrverbots; die Regierung solle schleunigst an Stelle Wyschnegradski's eine Persönlichkeit ernennen, welche kompetent sei zu beurtheilen, ob für den Konsum des Landes bis zur nächsten Ernte Getreide genug vorhanden sei. Sei dies der Fall, dann müsse sofort das Ausfuhrverbot aufgehoben werden. — Unter den von der Regierung eingeforderten Gutachten der Börsen-Komitees über zu ergreifende Maßregeln behufs Regelung des Getreidehandels, findet sich auch ein Antrag auf Monopolisirung des Getreidehandels.

Washington, 19. April. Der Ausschuß für die auswärtigen Angelegenheiten empfiehlt dem Repräsentantenhause die Annahme einer Resolution, in welcher der Präsident Harrison ersucht wird, die mexikanische Regierung zur Ernennung dreier kommissarischer Vertreter einzuladen, um mit drei Vertretern der Vereinigten Staaten von Nordamerika zur Verhandlung über den Abschluß eines Reziprozitätsvertrags zusammenzutreten, durch welchen für die Vereinigten Staaten von Nordamerika eine den mexikanischen Markt beherrschende Stellung gewonnen werden soll.